

# Der angebliche und aufgebauschte Skandal um die „verbotenen Wörter“ des DOE: Politik durch Semantik

geschrieben von Chris Frey | 6. Oktober 2025

## [Anthony Watts](#)

Diese Woche veröffentlichten drei Medien – [The Guardian](#), [NPR](#) und [Politico](#) – nahezu identische Berichte über das, was sie als „Vorgehen“ der Trump-Regierung gegen Klimapolitik innerhalb des US-Energieministeriums (DOE) bezeichnen. Der Grund dafür: eine interne E-Mail an die Mitarbeiter des Office of Energy Efficiency and Renewable Energy (EERE), der Abteilung, die Milliarden an Steuergeldern für Wind-, Solar- und andere „grüne“ Projekte verteilt.

Die angebliche Kontroverse? Die Mitarbeiter wurden angewiesen, in offiziellen Dokumenten Schlagworte wie „Klimawandel“, „grün“, „nachhaltig“, „Emissionen“, „Dekarbonisierung“, „saubere Energie“ und „Energiewende“ zu vermeiden.

Das war der Startschuss für die Empörungsmaschine.

- *The Guardian* stellte dies als Teil eines „postfaktischen“ Angriffs auf die „Klimakrise“ dar und zitierte anonyme Mitarbeiter, die davor warnten, dass das DOE „die Wissenschaft zum Schweigen bringt“.
- *NPR* betonte, dass das Sprachverbot auch für Finanzierungsanträge und Websites gilt, und bezeichnete es als einen Versuch, „den Zugang zu Informationen zu beschränken“.
- *Politico* nannte es den jüngsten Versuch, „die Realitäten des Klimawandels herunterzuspielen“.

Natürlich bestritt DOE-Pressesprecher Ben Dietderich rundweg, dass es eine Anweisung gegen die Verwendung dieser Begriffe gebe, und erklärte:

*„Es gibt keine Anweisung des Energieministeriums, die Mitarbeiter anweist, Begriffe wie „Klimawandel“ oder „Emissionen“ zu vermeiden. Präsident Trump und Minister Wright bekennen sich weiterhin zu Transparenz und zur Förderung eines offenen, ehrlichen Dialogs über die Klimawissenschaft.“*

Was stimmt denn nun?

Einerseits behaupten Beamte, sie hätten eine E-Mail erhalten, in der sie aufgefordert wurden, ihren Wortschatz zu reduzieren. Andererseits bestreitet die Leitung des DOE, dass dies Teil ihrer Politik sei. In

Wirklichkeit handelt es sich hierbei weniger um Zensur als vielmehr um eine politische Neuausrichtung: Washington kontrolliert die Wortwahl, um eine tendenziöse Terminologie zu vermeiden, die eher für politischen Aktivismus als für objektive Wissenschaft steht.

Bedenken Sie: „Klimawandel“ ist heute weniger eine wissenschaftliche Beschreibung als vielmehr ein Schlachtruf. Ebenso sind „Dekarbonisierung“ und „Energiewende“ keine neutralen Begriffe – es handelt sich um politische Vorgaben, die als unvermeidlich dargestellt werden. Die Beamten des DOE sagen vielleicht: „Konzentrieren wir uns auf die Technik und die Wirtschaftlichkeit, nicht auf die Slogans.“

Und es ist nicht so, dass frühere Regierungen nicht das gleiche semantische Spiel gespielt hätten. Unter Obama und Biden wurde der Begriff „globale Erwärmung“ zugunsten von „Klimawandel“, dann „Klimakrise“ und schließlich „Klimanotstand“ ausgemustert. Worte sind Waffen in politischen Auseinandersetzungen. Neu ist lediglich, wer welche Begriffe vermeidet.

Unterdessen tun die Medien so, als würde das Verbot einiger Schlagworte Hurrikane, Waldbrände oder den Anstieg des Meeresspiegels verhindern. Das wird es nicht. Aber es könnte verhindern, dass Regierungsberichte wie Pressemitteilungen von Greenpeace klingen – und genau darum geht es wahrscheinlich.

Die Rolle des DOE sollte klar sein: Es sollte Energieforschung und -entwicklung finanzieren, die funktioniert, und nicht tendenziöse Klimanarrative fördern. Wenn das bedeutet, dass etwas weniger „Dekarbonisierungs-Rhetorik“ und etwas mehr technischer Fokus zum Tragen kommen, ist das vielleicht eher ein Vorteil als ein Nachteil.

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2025/10/01/does-forbidden-words-fake-scandal-politics-by-semantics/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE